Mehr Eigenkapital für Banken

Verhandlungen abgeschlossen / Basel III tritt 2014 in Kraft

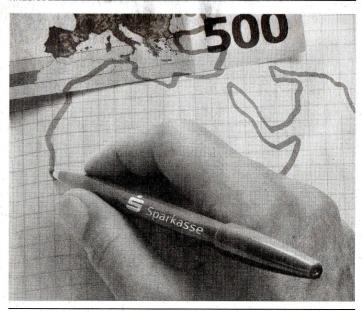
hmk. BRÜSSEL, 28. Februar. Die europäischen Banken sollen von Anfang des kommenden Jahres an viel mehr Eigenkapital vorhalten als bisher. Unterhändler von Europaparlament und Ministerrat einigten sich nach monatelangen Verhandlungen in der Nacht zum Donnerstag in Brüssel auf eine Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen, die sich weitgehend an den vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht erarbeiteten Basel-III-Regeln orientieren. Die wichtigste Neuerung ist, dass die Banken den Anteil des "harten Kernkapitals" – Geld von Aktionären und einbehaltene Gewinne – bis 2019 Schritt für Schritt von 2 auf 7 Prozent steigern müssen. Erstmals gibt es zudem Vorgaben für die Liquiditätsausstattung und zur Verschuldungsquote ("leverage ratio"), dem Verhältnis vom Kernka-pital zur Bilanzsumme.

Umstritten war bis zuletzt, inwieweit die Mitgliedstaaten über die Eigenkapitalanforderungen hinausgehen dürfen. Die Einigung sieht nun unter anderem vor, dass systemrelevante Banken zusätzliches hartes Kernkapital von bis zu 3 Prozent halten müssen. Außerdem sollen die EU-Staaten zusätzliche Kapitalpolster für dauerhafte oder temporäre länderspezifische Risiken wie Immobilienblasen verlangen können. Von einer bestimmten Höhe an müssen sie diese aber von der Kommission genehmigen lassen. Das Europäische Parlament hatte seine Zustim-

mung zum Gesamtpaket daran geknüpft, dass die Boni für die Banker in der EU gedeckelt werden. Hier einigten sich die Unterhändler darauf, dass die Boni maximal doppelt so hoch wie das Grundgehalt liegen sollen. Weiterhin setzte das Europäische Parlament durch, dass Kreditinstitute künftig für jedes Land, in dem sie tätig sind, offenlegen müssen, wie hoch ihr Gewinn ist, welche Steuern sie bezahlt haben und welche Subventionen sie erhalten haben. 2014 sollen sie diese Zahlen zunächst nur an die EU-Kommission melden. Ein Jahr später sollen sie dann vollständig offengelegt werden.

Mit den neuen Eigenkapitalauflagen reagieren die EU und die anderen Wirtschaftsmächte der Welt (G 20) auf die Erfahrungen der Finanzkrise. Die Regeln sollen verhindern, dass die Banken noch einmal wie in der Finanzkrise derart in Schieflage geraten, dass viele von ihnen vom Steuerzahler gestützt werden müssen. Die Banken waren vor der Krise vielfach zu hohe Risiken eingegangen und konnten die Verluste mit dem vorhandenen Eigenkapital dann nicht mehr abfangen. Erarbeitet hat die Vorgaben im Grundsatz der "Baseler Ausschuss", der sich aus Vertretern der Aufseher und Notenbanken der wichtigsten Finanzplätze zusammensetzt. Weil der Ausschuss nur Empfehlungen ausspricht, muss die EU diese ebenso wie die anderen Staaten der Welt noch in Gesetzesform gießen.

ANZEIGE



Europaparlament und Mitgliedstaaten müssen den Kompromiss noch offiziell annehmen. Das gilt jedoch als Formsache. Für eine Umsetzung der EU-Regeln bis Anfang 2014 bleibt damit ausreichend Zeit. Ursprünglich sollten die neuen Eigenkapitalanforderungen schon Anfang dieses Jahres in Kraft treten. Allerdings haben auch die Vereinigten Staaten die neuen Regeln bisher nicht umgesetzt. In der EU sind mehr als 8000 Banken von den neuen Regeln betroffen. Nach Angaben der Kommission müssen sich diese bis 2015 neue Eigenmittel von insgesamt 84 Milliarden Euro beschaffen, um die Basel-III-Regeln zu erfüllen.